

Nein zur extremen Initiative «Grüne Wirtschaft»

Die Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» der Grünen Partei will in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festschreiben. Ein Ja würde zu radikalen Änderungen unserer jetzigen Lebensform zwingen. Der BGV lehnt diese nicht durchdachte Initiative ab.

Mi. Mit der Initiative «für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» soll der sogenannte ökologische Fussabdruck der Schweiz reduziert werden. Gemäss Initiativtext müsste die Schweiz bis im Jahr 2050 ihren Ressourcenverbrauch um mehr als zwei Drittel reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden wären verpflichtet, noch nicht bekannte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen. Der Initiativtext liest sich gefällig. Ziel der Initiative ist der «ökologische Fussabdruck eins» der Schweiz, was einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel entspricht. Zur Zielerreichung angedacht sind zum Beispiel massive Konsum- und Produktionsbeschränkungen mit einer planwirtschaftlichen Steuerung der Ressourcen,

Umweltabgaben und neue Vorschriften. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Nein zu radikalen und unüberlegten Änderungen

Die Initiative würde die Bevölkerung zu einer radikalen Änderung ihres gewohnten Lebens zwingen. Wir müssten unser Essverhalten massiv ändern, die Mobilität – auch mit dem ÖV – stark reduzieren und mit bedeutend weniger Komfort wohnen (Heizung, Wärme im Gebäude, Fläche). Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben würden das Reisen verteuern, ebenso die Nahrungsmittel und die Mieten. Die Hochpreisinsel Schweiz würde zementiert. Die Kaufkraft sinkt. Unter Druck käme einmal mehr der Mittelstand, der seinen Wohlstand nicht halten kann.

Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft an das Parlament, dass eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um zwei Drittel selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen sei. Das Parlament hält die Initiative für nicht umsetzbar. Ausgeblendet wird von den Initianten nämlich, dass über 60

Prozent der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfallen. Die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz sind deshalb eingeschränkt und die erforderlichen Massnahmen müssten zwangsläufig noch radikaler ausfallen, um das Ziel zu erreichen. Gegen die Initiative spricht aber auch der internationale Alleingang. Kein anderes Land kennt bis heute einen derart extremen Ansatz. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet bei einem Ja die Schweiz ab und schafft neue zusätzliche Handelshemmnisse.

Nein zu mehr Staat

Die Initiative verschiebt kantonale Kompetenzen auf Bundesebene. Das ist schon allein aus föderalistischen Überlegungen verfehlt. Neue Vorschriften und Verbote in dieser Radikalität behindern Wettbewerb und Innovation. Diese sind aber Grundlage unseres Wohlstands und unseres technologischen Fortschritts. Die Initiative führt zu einem grünen Käfig und gefährdet unsere Unternehmen in der Fortentwicklung. Das wollen wir nicht.

Nein zum grünen Zwang

Die Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit erfolgreich zusammenzuführen. Die Schweiz belegt in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig Spitzenplätze und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit einem privatwirtschaftlichen System Quoten, wovon andere Länder nur träumen können. Die Schweiz ist ein erfolgreiches Land, auch im Umweltschutz. Man muss nicht einmal ferne Länder besuchen, um die Bestätigung mit eigenen Augen zu sehen. Die Initiative dagegen verlangt einen vollständigen, radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist vollkommen am Ziel vorbeigeschossen und gefährlich. Bundesrat und Parlament empfehlen deshalb am 25. September 2016 ein Nein zu dieser Zwangsvorlage. Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes lehnt diese Initiative denn auch einstimmig ab.



Recycling in anderen Ländern.

